

**Verachtet mir die Bürger nicht!**

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 293 vom 17. Dezember 2014

## I N H A L T

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 293 vom 17. Dezember 2014, S. 8, unter dem Titel:

"Die Bürger nicht verachten. Schotten dicht gegen Einwanderer? Angesichts wachsender Zahlen läge ein solches Meinungsbild nahe. Aber es wird viel mehr differenziert."

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Stimmungsbild "Zuwanderung"
	A	2	Flüchtlinge im eigenen Wohnumfeld
	A	3	Unterschriftenaktion für ein Asylbewerberwohnheim
	A	4	Gründe, die eine Aufnahme von Asylbewerbern rechtfertigen oder auch nicht
	A	5	Asylbewerber sollten früher arbeiten dürfen
	A	6	Verteilung der Flüchtlinge auch eine wichtige Aufgabe der EU
	A	7	Beunruhigung durch islamische Terroristen
	A	8	Wissensdefizite über den Islam
	A	9	Muslime im privaten Umfeld
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Schwindende Abwehrhaltung gegenüber Zuwanderung
		2	Weniger starke Ablehnung von Asylbewerberheimen in der Bevölkerung als vor rund 20 Jahren
		3	Wachsendes Bedrohungsgefühl
		4	Das Image des Islam

**Originalmanuskript**

Prof. Renate Köcher  
Institut für Demoskopie Allensbach

## Verachtet mir die Bürger nicht!

Wann immer Unbehagen über Flüchtlingsströme oder Zuwanderungen manifest wird, sind pauschale Urteile über die Bevölkerung in Deutschland und das gesellschaftliche Klima rasch gefällt. Sie reichen von der Diagnose Überfremdungsängste über Intoleranz bis hin zu Ausländerfeindlichkeit. Derartige Etikettierungen werden der sehr differenzierten Meinungsbildung in der Bevölkerung nicht gerecht. Sowohl die Bewertung der Zuwanderung wie der aktuellen Flüchtlingswelle fällt heute weitaus nüchterner aus als früher – trotz des gravierenden zahlenmäßigen Anstiegs.

Seit 2011 verzeichnet Deutschland einen Netto-Zuzug von mehreren hunderttausend Menschen im Jahr, 2011 von gut einer Viertel Million, 2012 bereits von knapp 370.000, 2013 von 429.000. Viele Bürger haben diese Entwicklung erst mit einer zeitlichen Verzögerung registriert. 2013 war die große Mehrheit noch überzeugt, dass es keinen gravierenden Anstieg der Zuwanderung gibt. Diese Einschätzung hat sich im Verlauf dieses Jahres erheblich verändert: Im Februar diagnostizierten 45 Prozent einen starken Anstieg der Zuwan-

derung nach Deutschland, jetzt bereits 72 Prozent. Auch die Einschätzung der Struktur der Zuwanderung hat sich verändert. Während immer weniger Russland, Polen oder die Türkei als Herkunftsländer einer größeren Zahl von Zuwanderern vermuten, werden heute vor allem der Nahe Osten, Afrika, Bulgarien und Rumänien genannt. 86 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass heute besonders viele Zuwanderer aus dem Nahen Osten kommen. Die überwältigende Mehrheit rechnet für die nächsten Jahre mit weiter steigenden Zuwanderungs- und Asylbewerberzahlen, zwei Drittel sogar mit einem starken Anstieg.

Angesichts dieser Neubewertung der Entwicklung liegt es nahe zu vermuten, dass die Bevölkerung zunehmend beunruhigt ist und die Schotten dichtmachen möchte. Umso bemerkenswerter ist der Langzeittrend: Zwar vertreten immerhin 18 Prozent der Bevölkerung die Position, dass Deutschland keine weitere Zuwanderung verkraften kann; dieser Anteil ist jedoch bereits über das ganze Jahr stabil und gleichzeitig niedriger als in den Jahren zuvor. Die Überzeugung, dass die noch bestehende Arbeitslosigkeit Zuwanderung überflüssig macht, geht seit Jahren zurück, auch in diesem Jahr. Anfang 2014 waren davon noch 34 Prozent überzeugt, jetzt 28 Prozent. Knapp die Hälfte der Bevölkerung vertritt dagegen die Position, dass Zuwanderung für den deutschen

Schaubild 1

Tabelle A 1

Arbeitsmarkt außerordentlich wichtig ist.

Hier liegt auch ein, wenn nicht sogar der wesentliche Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung der öffentlichen Meinung. Ohne die robuste Verfassung des deutschen Arbeitsmarktes wäre die Bevölkerung weitaus weniger gelassen. Dies zeigt ihre völlig andere Reaktion in der Phase der Wachstumsschwäche und hohen Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts. Damals vertraten 61 Prozent die Überzeugung, dass Deutschland keine Zuwanderung braucht. Schaubild 1

Auch auf die neue Flüchtlingswelle reagiert die Bevölkerung heute anders als in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Die damalige Flüchtlingswelle traf mitten in die Rezession, die dem Einheitsboom folgte und hatte zudem zahlenmäßig noch eine andere Dimension. 1992 gab es rund 440.000 Asylgesuche, 1993 rund 320.000. Im letzten Jahr beantragten dagegen 130.000 Menschen Asyl, in diesem Jahr bis November rund 180.000. Auch wenn die Dimension dieses Problems zurzeit noch geringer ist als Anfang der 90er Jahre, ist die Mehrheit der Bevölkerung bereits in ihrem Umfeld damit konfrontiert. Annähernd 60 Prozent berichten, dass in ihrer Region in letzter Zeit Flüchtlinge untergebracht werden mussten; gut jeder Dritte hat den Eindruck, dass diese Herausforderung Probleme bereite- Tabelle A 2

te, sei es, weil Wohnraum fehlte, sei es, weil die zur Verfügung stehenden Unterbringungsmöglichkeiten unbefriedigend sind.

Es gibt durchaus Ressentiments, aber zumindest bisher weitaus weniger ausgeprägt als am Beginn der 90er Jahre. Damals waren 37 Prozent der Bürger grundsätzlich bereit, eine Bürgerinitiative gegen die Einrichtung eines Asylbewerberheimes mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Eine Allensbacher Untersuchung im Auftrag der Robert Bosch Stiftung weist diesen Anteil für 2014 noch mit 24 Prozent aus. Insbesondere in Westdeutschland, aber auch in Ostdeutschland ist dieser Anteil zurückgegangen. Gleichzeitig sind ebenso viele Bürger bereit, eine Unterschriftensammlung zugunsten der Einrichtung einer solchen Unterkunft in ihrer Gemeinde zu unterstützen.

Schaubild 2

Tabelle A 3

Noch deutlicher zeigen die Vorstellungen, unter welchen Umständen die Aufnahme von Asylbewerbern gerechtfertigt ist, wie differenziert die große Mehrheit der Bevölkerung urteilt. So halten 87 Prozent eine Aufnahme von Asylbewerbern für gerechtfertigt, wenn in ihrem Heimatland Krieg oder Bürgerkrieg herrschen, 77 Prozent bei einer Verfolgung aus politischen Gründen, zwei Drittel bei einer Verfolgung aus religiösen Gründen. Knapp zwei Drittel halten auch eine Hungerkatastrophe in dem Herkunftsland für einen hinreichenden Grund, 53 Prozent eine schwere Na-

Tabelle A 4



turkatastrophe. Abseits des Katastrophenfalls werden wirtschaftliche Gründe allerdings von der Mehrheit nicht als hinreichender Grund für die Aufnahme von Asylbewerbern akzeptiert. So halten es 54 Prozent für keinen hinreichenden Grund, wenn jemand in seinem Heimatland keine Existenzgrundlage hat, sich oder seine Familie zu ernähren; den Wunsch, die eigene Familie im Heimatland finanziell zu unterstützen, stuften 59 Prozent als unzureichend ein. Die große Mehrheit versteht die Intention der Asylgesetze und hält sie bei einer konsequenten Anwendung der Regelungen auch für richtig. Dabei finden allerdings nicht alle Regelungen Zustimmung. So hat die Mehrheit keinerlei Verständnis dafür, dass sich Asylbewerber und Flüchtlinge nicht umgehend um Arbeit bemühen dürfen. Umso mehr begrüßt die Bevölkerung die Lockerung dieser Bestimmung, die es Asylbewerbern gestattet, nicht erst nach neun, sondern bereits nach drei Monaten einen Arbeitsplatz anzunehmen.

Tabelle A 4

Tabelle A 5

Die Bürger verfolgen aber auch aufmerksam den Umgang mit dem Flüchtlingszustrom innerhalb der EU. Die große Mehrheit fordert eine angemessene Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Mitgliedsländer und zählt dies zu den wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Kommission kümmern sollte. Generell wird viel davon abhängen, wie die Politik mit dem Flüchtlingszustrom umgeht, auf euro-

Tabelle A 6

päischer wie auf nationaler und lokaler Ebene.

Das gilt auch für die Auseinandersetzung mit radikalen islamischen Gruppierungen. Die Besorgnis der Bevölkerung über die Risiken, die von radikalen islamischen Gruppierungen ausgehen, hat durch das Vorgehen des IS einen neuerlichen Schub erhalten. Die Bedrohung durch den IS beunruhigt insbesondere die politisch interessierten Bevölkerungskreise, von denen 84 Prozent die Entwicklung im Nahen Osten mit großer Besorgnis verfolgen. 63 Prozent halten die Gefahren, die in Deutschland von radikalen islamischen Gruppen ausgehen, für groß oder sogar sehr groß; vor zwei Jahren waren 56 Prozent dieser Auffassung, vor acht Jahren 45 Prozent. Das Gefahrenbewusstsein bewegt sich heute wieder auf einem Niveau wie in den ersten Jahren nach den New Yorker Anschlägen. Weltweit hält die deutsche Bevölkerung diese Risiken für noch größer. 86 Prozent stufen die Risiken, die weltweit von radikalen islamischen Gruppierungen ausgehen, als groß oder sehr groß ein.

Tabelle A 7

Schaubild 3

Tabelle A 7

Die Mehrheit bezweifelt schon seit Jahren die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz von Islam und christlich geprägten Ländern. Das Bild der Bürger vom Islam ist seit langem stark von den Assoziationen Gewaltbereitschaft, Intoleranz und Fanatismus geprägt. Da-

gegen werden Friedfertigkeit oder Achtung der Menschenwürde kaum mit dem Islam verbunden. Schaubild 4

Das Bild des Islam wird von seinen radikalen Strömungen bestimmt. Den gemäßigten Muslimen und ihren Organisationen gelingt es bisher nur unzureichend, dem ein differenzierteres Bild des Islam entgegenzusetzen. Das Wissen über den Islam ist begrenzt. Annähernd 80 Prozent der Bevölkerung stufen ihr Wissen als gering ein. Persönliche Erfahrungen mit Muslimen im Bekannten- oder Freundeskreis hat auch nur eine Minderheit, aber immerhin gut jeder Dritte – mit gravierenden Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland: Vier von zehn Westdeutschen, aber nur 13 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung haben in ihrem Bekanntenkreis einen oder mehrere Muslime. Auch die Erfahrungen der Generationen unterscheiden sich gravierend. Von den 60-Jährigen und Älteren kennt nur jeder Fünfte Muslime persönlich näher, von den Unter-30-Jährigen dagegen 44 Prozent. Tabelle A 8

Tabelle A 9

Diejenigen, die Muslime persönlich kennen, differenzieren stärker zwischen radikalen Gruppierungen und dem Islam insgesamt und sind optimistischer in Bezug auf die Chance einer dauerhaften friedlichen Koexistenz von Christentum und Islam. Der These eines ehemaligen Bundespräsidenten, der Islam gehöre

heute zu Deutschland wie das Christentum, widerspricht jedoch auch die Mehrheit der mit Muslimen näher Vertrauten und die überwältigende Mehrheit der gesamten Bevölkerung. Solche Gleichsetzungen schaden mehr, als dass sie nutzen. Eine religiöse und kulturelle Prägung über Jahrtausende hinweg ist etwas anderes als die Anerkennung, dass islamisch geprägte Bevölkerungsteile in Deutschland mittlerweile große und weiter wachsende Bedeutung haben.

Es ist zweifelsohne eine Herausforderung, ein differenzierteres Bild des Islam in einer Zeit zu befördern, in der radikale Gruppierungen die Nachrichtenlage beherrschen. Man sollte die Bevölkerung jedoch nicht unterschätzen. Die Bürger in diesem Land sind im internationalen Vergleich überdurchschnittlich politisch interessiert, bei vielen Themen in ihrem Urteil bemerkenswert differenziert und zugleich meist bereit, auch Wissensdefizite zu Protokoll zu geben. Zurzeit kommt viel zusammen: die hohe Zuwanderung, der wachsende Zustrom an Flüchtlingen, die instabile Lage in vielen Weltregionen, die Fluchtbewegungen verstärkt, und die wachsenden Risiken durch radikale Gruppierungen. Umso bemerkenswerter ist die Haltung der großen Mehrheit, die zwar besorgt ist und die Entwicklungen aufmerksam verfolgt, gleichzeitig aber meist differenziert und nüchtern urteilt. Nervös wird die Bevölkerung im Allgemeinen erst dann,

wenn sich problematische Entwicklungen zuspitzen und der Politik zu wenig Problembewusstsein oder überzeugende Konzepte zuge-  
traut werden.

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1.564
Befragungszeitraum:	1. Dezember bis 12. Dezember 2014
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

## **Anhangtabellen**

## Stimmungsbild "Zuwanderung"

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf der Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere zum Thema Zuwanderung gesagt haben. Was davon ist auch Ihre Meinung?" (Listenvorlage)

	Bevölkerung insgesamt
	%
Ausländer, die zu uns kommen, sollten verpflichtet werden, Deutsch zu lernen .....	80
Ausländer, die zu uns kommen, sollten bereit sein, sich in unsere Kultur hineinzufinden, sich zu integrieren .....	74
Ausländer, die zu uns kommen, müssen mehr als bisher auf einen kriminellen Hintergrund hin überprüft werden .....	60
Zuwanderung ist dann kein Problem, wenn die richtigen Zuwanderer nach Deutschland kommen, z.B. junge qualifizierte Leute, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden .....	52
Wir sollten keine Armutszuwanderer, z.B. aus Bulgarien oder Rumänien mehr nach Deutschland lassen .....	50
<b>Wir brauchen Zuwanderung, um den Arbeitskräftebedarf unserer Wirtschaft in bestimmten Bereichen zu decken .....</b>	<b>48</b>
Durch mehr Zuwanderung besteht die Gefahr, dass die Kriminalität steigt.....	47
Wir brauchen die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften, um international konkurrenzfähig zu bleiben.....	44
Bei uns werden zu wenig Kinder geboren, darum brauchen wir mehr Zuwanderung, um unsere Sozialversicherungssysteme zu finanzieren.....	37
Zuwanderung tut unserer Gesellschaft gut, sie wird dadurch offener und lebendiger .....	31
Solange es bei uns so viele Arbeitslose gibt, brauchen wir keine Zuwanderung .....	28
Die Zuwanderung nach Deutschland sollte gestoppt werden, um zu vermeiden, dass Anhänger terroristischer Gruppen zu uns kommen .....	21
Bei uns leben schon so viele Ausländer, wir können keine weiteren mehr aufnehmen .....	18
Nichts davon, keine Angabe .....	3

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11033, 2014



Flüchtlinge im eigenen Wohnumfeld

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wissen Sie das zufällig: Sind bei Ihnen in der Region in letzter Zeit auch Flüchtliche untergebracht worden, oder ist das nicht der Fall?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Flüchtliche untergebracht .....	59
Nicht der Fall.....	16
Weiß nicht, keine Angabe .....	25
	<hr/>
	100

-----

FRAGE: "Und sorgt die Unterbringung der Flüchtlinge für Probleme, weil z.B. nicht ausreichend Platz zur Verfügung steht oder die Wohnverhältnisse nicht gut sind, oder gibt es mit der Unterbringung keine Probleme?"

	Personen, in deren Region in letzter Zeit Flüchtliche unter- gebracht wurden
	%
Sorgt für Probleme .....	34
Gibt keine Probleme .....	14
Unentschieden, keine Angabe .....	11
Es wurden keine Flüchtlinge untergebracht.....	41
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11033, 2014

Unterschriftenaktion für ein Asylbewerber-  
wohnheim

Tabelle A 3  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einmal angenommen, hier in der Gemeinde soll ein Wohnheim für Asylbewerber entstehen. Nach Protesten gegen das Wohnheim gibt es auch eine Bürgerinitiative, die sich gegen diese Proteste wendet und den Bau des Wohnheims befürwortet. Würden Sie eine solche Bürgerinitiative, die sich für den Bau des Asylbewerberwohnheims einsetzt, mit Ihrer Unterschrift unterstützen, oder würden Sie das nicht tun?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Würde ich unterstützen .....	24
Würde ich nicht tun.....	44
Unentschieden, keine Angabe .....	32
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025, 2014

Gründe, die eine Aufnahme von  
Asylbewerbern rechtfertigen oder auch nicht

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Asylbewerber können ja aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland kommen. Hier auf diesen Karten sind einmal einige mögliche Gründe aufgeschrieben. Was sind Ihrer Meinung nach Gründe, die eine Aufnahme von Asylbewerbern in Deutschland rechtfertigen, und was sind Gründe, die eine Aufnahme nicht rechtfertigen? Bitte verteilen Sie die Karten entsprechend auf das Blatt hier. Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte beiseite." (Kartenspiel- und Bildblattvorlage)

	Bevölkerung insgesamt	
	Gründe, die eine Aufnahme rechtfertigen	Gründe, die eine Aufnahme nicht rechtfertigen
	%	%
Wenn im Heimatland Krieg oder Bürgerkrieg herrschen .....	87	11
Wenn jemand in seinem Heimatland aus politischen Gründen verfolgt wird .....	77	21
Wenn jemand in seinem Heimatland aus religiösen Gründen verfolgt wird .....	65	30
Wenn es im Heimatland eine Hungerkatastrophe gibt .....	63	33
Wenn jemand wegen seiner Hautfarbe oder sexuellen Orientierung in seinem Heimatland verfolgt wird .....	57	38
Wenn es im Heimatland eine Naturkatastrophe gab, z.B. ein schweres Erdbeben .....	53	42
Wenn jemand in seinem Heimatland keine Existenzgrundlage hat, sich oder seine Familie nicht ernähren kann .....	39	54
Wenn jemand in Deutschland arbeiten möchte, um seine Familie im Heimatland finanziell zu unterstützen .....	35	59
Wenn jemand in Deutschland Angehörige hat .....	35	61
Wenn jemand in seinem Heimatland wegen Straftaten verfolgt wird, die bei uns nicht unter Strafe stehen, z.B. Ehebruch .....	27	67

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025, 2014

Asylbewerber sollten früher arbeiten dürfen

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Asylbewerber und Flüchtlinge dürfen sich in Deutschland nicht sofort nach ihrer Ankunft um Arbeit bemühen. Finden Sie das richtig, oder finden Sie das nicht richtig?"

	Bevölkerung insgesamt %
Finde das richtig .....	27
Finde das nicht richtig .....	58
Unentschieden, keine Angabe .....	15
	<hr/>
	100

---

FRAGE: "Seit Kurzem dürfen Asylbewerber nach 3 Monaten statt wie bisher nach 9 Monaten eine Arbeit aufnehmen. Finden Sie es richtig, dass Asylbewerber nun schon nach 3 Monaten eine Arbeit aufnehmen dürfen, oder finden Sie das nicht richtig?"

	Bevölkerung insgesamt %
Finde das richtig .....	77
Finde das nicht richtig .....	10
Unentschieden, keine Angabe .....	13
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11033, 2014

Verteilung der Flüchtlinge auch eine wichtige Aufgabe der EU

Tabelle A 6  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was meinen Sie: Worum sollte sich die EU derzeit besonders kümmern, was finden Sie besonders wichtig? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste." (Listenvorlage)

	Bevölk. insg.
	%
Die wirtschaftliche Krise in der Euro-Zone bekämpfen.....	77
Die Jugendarbeitslosigkeit in der EU bekämpfen.....	75
<b>Die Flüchtlinge und Asylbewerber, die nach Europa kommen, ausgewogen auf die Mitgliedsländer verteilen .....</b>	<b>65</b>
Einheitliche europäische Datenschutzrichtlinien entwickeln.....	59
Eine gemeinsame Außenpolitik betreiben .....	57
Die Bildungssysteme und Abschlüsse an Schulen und Universitäten vereinheitlichen.....	49
Die Ukraine politisch und wirtschaftlich unterstützen .....	40
Bei internationalen Konflikten und Krisen mehr Verantwortung übernehmen .....	35
Mehr Kompetenzen, mehr Zuständigkeiten an die Mitgliedsstaaten zurückgeben .....	31
Die Höhe von Steuern und Abgaben in den Mitgliedsländern einheitlich regeln.....	26
Den Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA vorantreiben .....	21
Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei über einen möglichen EU-Beitritt weiterführen .....	9
Die Ukraine militärisch unterstützen .....	8

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11029, 2014

Beunruhigung durch islamische Terroristen

Tabelle A 7  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Im Irak befindet sich derzeit die islamistische Terrorgruppe "Islamischer Staat", auch bekannt unter dem Namen IS, auf dem Vormarsch. Die Terroristen haben einen islamischen Gottesstaat ausgerufen und töten Andersgläubige. Wie stark beunruhigt Sie das Vorgehen der Terrororganisation IS? Beunruhigt Sie das ..."

	Bevölkerung insgesamt %	Politisch Interessierte %
"sehr stark" .....	35	44
"stark" .....	42	40
"weniger stark" .....	16	13
"kaum, gar nicht" .....	4	2
Keine Angabe.....	3	1
	<hr/> 100	<hr/> 100

FRAGE: "Was meinen Sie: Wie groß ist die Gefahr, die weltweit von radikalen islamischen Gruppen ausgeht? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt %
"sehr groß" .....	37
"groß" .....	49
"weniger groß" .....	12
"gar nicht groß" .....	x
Unentschieden .....	2
	<hr/> 100

x = weniger als 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11032, 2014

Wissensdefizite über den Islam

Tabelle A 8  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was würden Sie sagen, wie gut sind Sie über den Islam informiert?  
Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt
	%
"sehr gut" .....	2
"gut" .....	19
"nicht so gut" .....	54
"kaum, gar nicht" .....	23
Unentschieden, keine Angabe .....	2
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10093, 2012

Muslime im privaten Umfeld

Tabelle A 9  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Gehört zu Ihrem Freundes- oder Bekanntenkreis ein Moslem, also jemand islamischen Glaubens?"

	Bevölk. insg.	West	Ost	Unter 30-Jährige	60 Jahre u. älter
	%	%	%	%	%
Ja, einer .....	11	13 .....	6	13.....	8
Ja, mehrere.....	23	26 .....	6	30.....	12
Nein .....	64	58 .....	86	52.....	79
Weiß nicht, keine Angabe.....	2	3 .....	2	5.....	1
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10093, 2012



Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

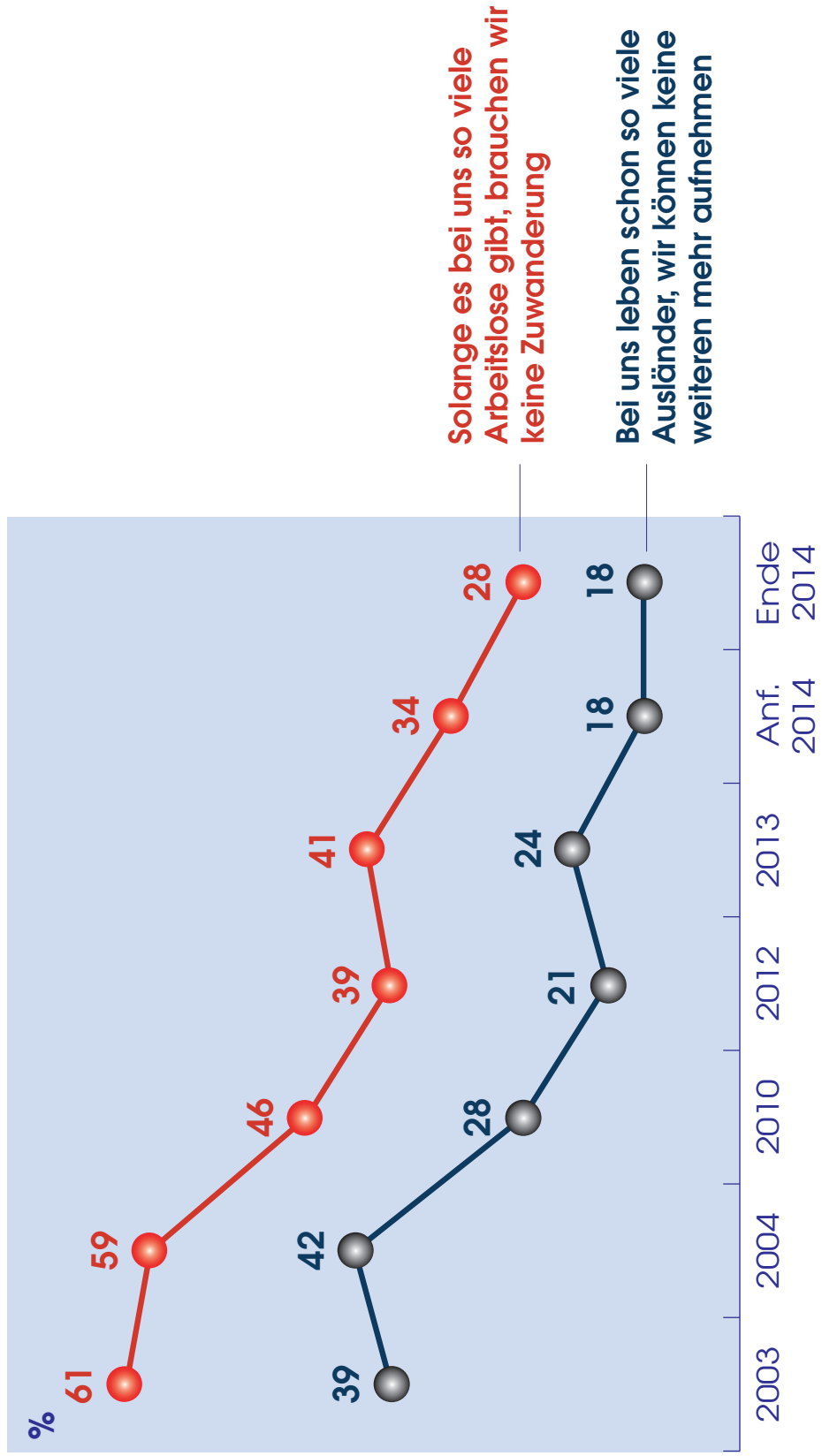
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
<b>Bundestagswahl</b>							
27.9.2009 .....	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt							
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt							
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt							
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt							
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
2013: 3.-18.Januar							
2013: 3.-18.Januar	39,0	5,0	28,0	14,0	7,0	-	7,0
2013: 1.-14.Februar							
2013: 1.-14.Februar	39,0	6,0	27,0	15,0	6,5	-	6,5
2013: 1.-14.MÄrz							
2013: 1.-14.MÄrz	39,5	6,0	26,5	15,5	6,0	-	6,5
2013: 27.März-12.April							
2013: 27.März-12.April	38,5	5,0	28,0	15,0	7,0	-	6,5
2013: 15.-30.April							
2013: 15.-30.April	38,5	5,5	26,0	15,0	6,0	3,5	5,5
2013: 4.-17.Mai							
2013: 4.-17.Mai	39,0	6,0	27,0	13,0	6,0	3,5	5,5
2013: 1.-14.Juni							
2013: 1.-14.Juni	38,0	6,0	26,0	14,0	7,0	3,0	6,0
2013: 1.-11.Juli							
2013: 1.-11.Juli	40,0	6,5	25,5	12,5	6,0	3,5	6,0
2013: 3.-15.August							
2013: 3.-15.August	39,0	7,0	24,5	13,5	7,0	3,0	6,0
2013: 19.-31.August							
2013: 19.-31.August	40,0	6,0	25,0	12,5	7,5	3,0	6,0
2013: 3.-13.September							
2013: 3.-13.September	39,0	6,0	26,0	11,0	9,0	3,5	5,5
2013: 16.-19.September							
2013: 16.-19.September	39,5	5,5	27,0	9,0	9,0	4,5	5,5
<b>Bundestagswahl</b>							
22.9.2013 .....	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: 1.-14.Oktober							
2013: 1.-14.Oktober	41,0	5,0	25,0	9,0	9,0	5,5	5,5
2013: 8.-21.November							
2013: 8.-21.November	40,0	4,0	26,5	10,0	9,5	5,0	5,0
2013: 1.-12.Dezember							
2013: 1.-12.Dezember	41,5	4,0	25,5	10,5	9,0	4,5	5,0
2014: 10.-23.Januar							
2014: 10.-23.Januar	40,0	5,0	26,0	10,0	8,5	5,0	5,5
2014: 1.-13.Februar							
2014: 1.-13.Februar	40,0	4,0	26,5	10,5	9,0	5,0	5,0
2014: 1.-13.März							
2014: 1.-13.März	40,5	5,0	25,0	10,0	9,0	5,0	5,5
2014: 28.März-10.April							
2014: 28.März-10.April	40,0	4,5	26,5	11,0	8,0	5,0	5,0
2014: 25.April-9.Mai							
2014: 25.April-9.Mai	39,5	5,0	26,0	10,5	8,0	5,5	5,5
2014: 28. Mai - 13. Juni							
2014: 28. Mai - 13. Juni	40,0	4,0	26,0	10,0	8,0	6,0	6,0
2014: 28.Juni bis 11.Juli							
2014: 28.Juni bis 11.Juli	40,5	3,5	25,0	11,0	8,5	6,0	5,5
2014: 21. Juli - 5. Aug.							
2014: 21. Juli - 5. Aug.	41,0	3,0	26,5	10,0	8,0	6,5	5,0
2014: 1. - 11. September							
2014: 1. - 11. September	41,0	4,0	25,5	10,0	8,5	6,5	4,5
2014: 4. - 16.Oktober							
2014: 4. - 16.Oktober	39,5	3,0	26,0	10,5	8,5	7,5	5,0
2014: 1. - 13. November							
2014: 1. - 13. November	40,5	3,5	27,0	9,5	8,0	6,5	5,0
2014: 1. - 12. Dezember							
2014: 1. - 12. Dezember	40,5	3,5	26,0	9,5	8,5	7,0	5,0

Befragt wurden insgesamt 1.505 Personen

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie

## **Schaubilder**

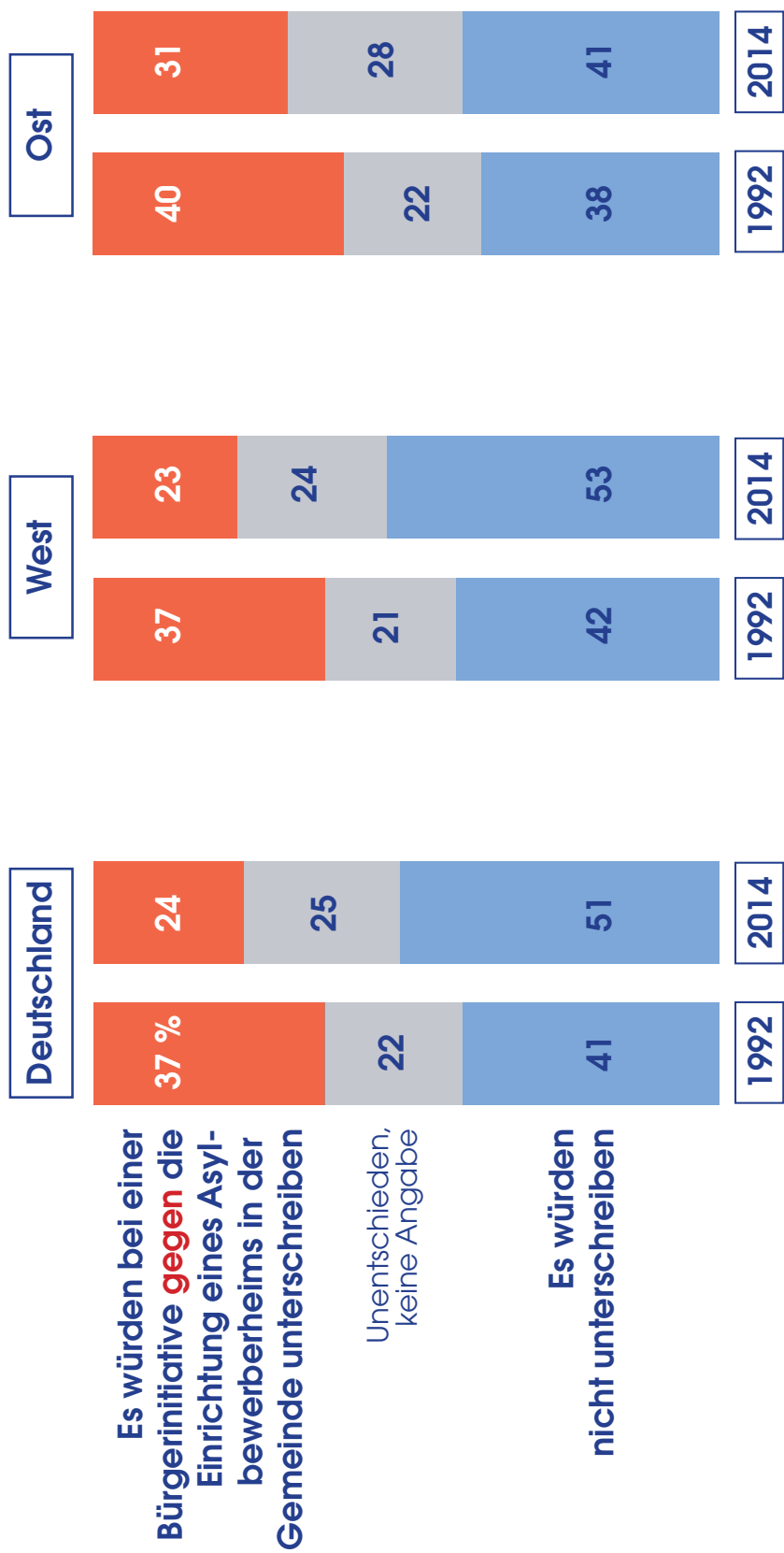
# Schwindende Abwehrhaltung gegenüber Zuwanderung



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11033

# Weniger starke Ablehnung von Asylbewerberheimen in der Bevölkerung als vor rund 20 Jahren

Frage: "Einmal angenommen, hier in der Gemeinde sollte ein neues Wohnheim für Asylbewerber eingerichtet werden. Wenn es dagegen eine Bürgerinitiative geben würde, die Unterschriften gegen dieses Wohnheim sammelt, würden Sie dann auch unterschreiben, oder würden Sie das nicht tun?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

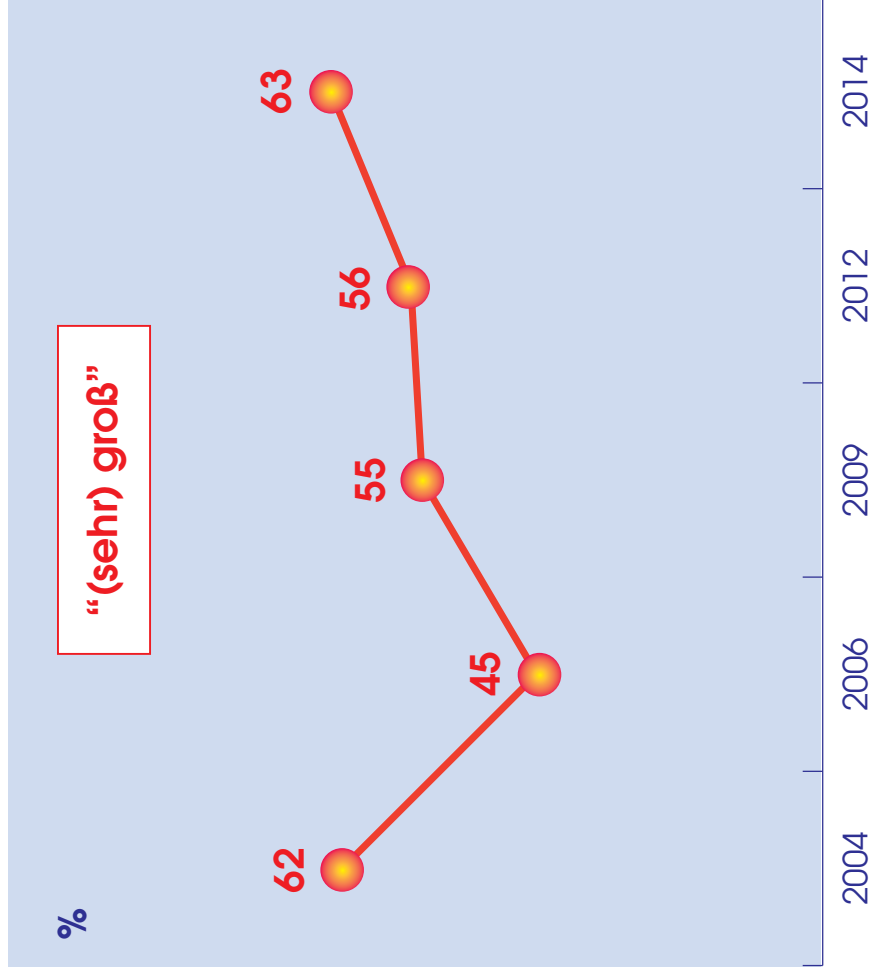
Quelle: "Asyl und Asylbewerber: Wahrnehmungen und Haltungen der Bevölkerung 2014"

Repräsentative Untersuchung im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, IfD-Umfragen 5069 und 11025

© IfD-Allensbach

# Wachsendes Bedrohungsgefühl

Frage: "Was meinen Sie: Wie groß ist die Gefahr, die in Deutschland von radikalen islamischen Gruppen ausgeht?"

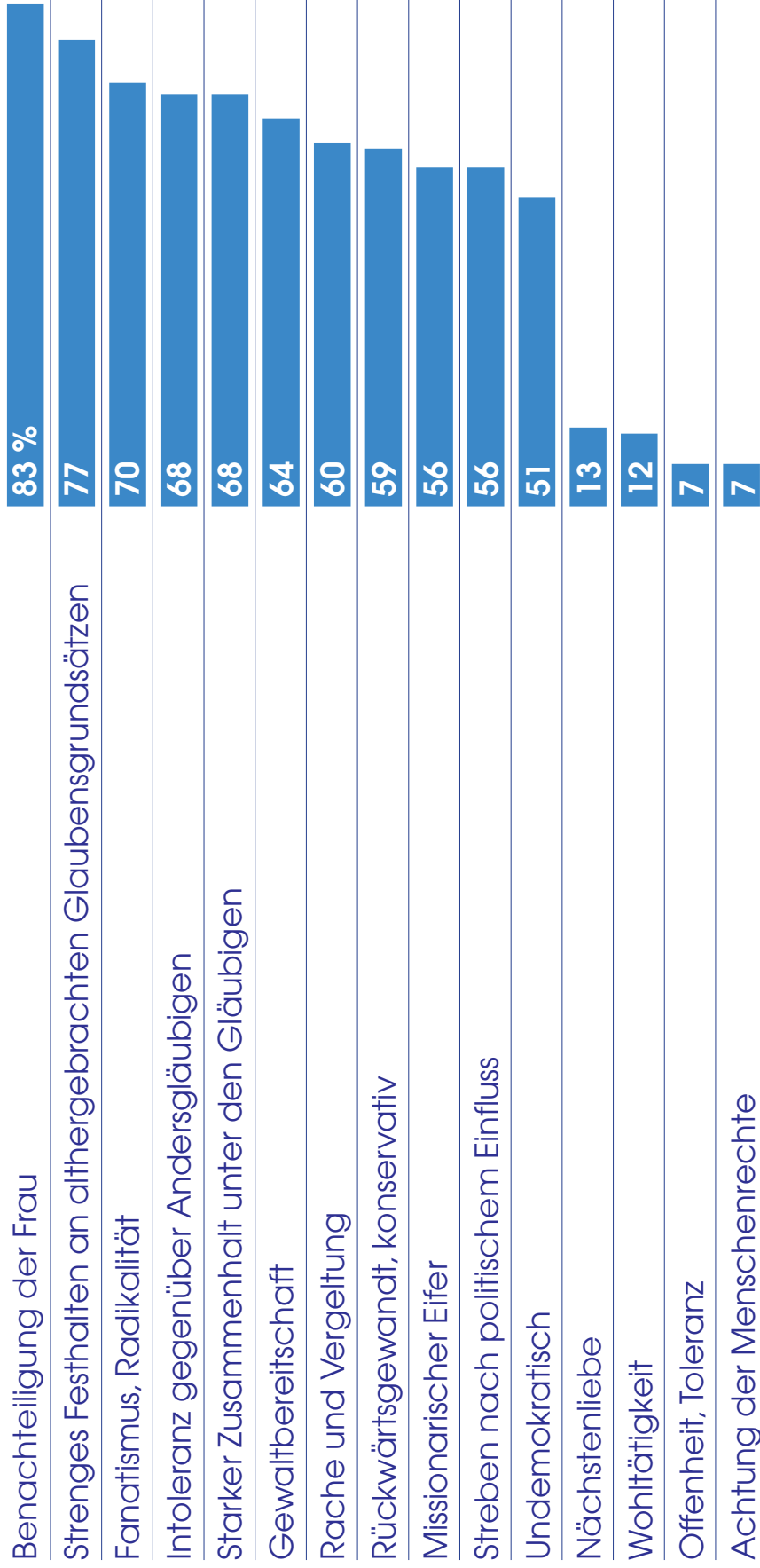


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11032

# Das Image des Islam

Frage: „Es gibt ja ganz unterschiedliche Ansichten über den Islam. Welche davon treffen Ihrer Meinung nach auf den Islam zu, wovon ist der Islam geprägt?“

- Auszug aus den Angaben -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10099

Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 293  
vom 17. Dezember 2014, S. 8, unter dem Titel:

"Die Bürger nicht verachten. Schotten dicht  
gegen Einwanderer? Angesichts wachsender  
Zahlen läge ein solches Meinungsbild nahe. Aber  
es wird viel mehr differenziert."

